

**Zeitschrift:** Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO  
**Herausgeber:** Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS  
**Band:** 110 (2013)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Das Engagement für die Familienpolitik geht weiter  
**Autor:** Meyer-Kaelin, Thérèse  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-839681>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das Engagement für die Familienpolitik geht weiter

In der Abstimmung vom 3. März 2013 wurde der Verfassungsartikel über einen Auftrag an den Bund, subsidiär und gemeinsam mit den Kantonen die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit beziehungsweise Ausbildung zu fördern, verworfen. Doch wir dürfen uns dadurch nicht entmutigen lassen. Der Ablehnung durch die Stände steht die Zustimmung von 54 Prozent der Stimmbevölkerung gegenüber, die sich sehr wohl für eine Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet der Familienpolitik ausgesprochen haben. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer anerkennt, dass ein Problem mit der geforderten Vereinbarkeit existiert. Sie wünscht sich Massnahmen, die jungen Familien den Alltag erleichtern.

Die Arbeit in der Familienpolitik muss deshalb beharrlich weitergeführt werden. Zu gross ist die finanzielle Belastung von Familien, und zu oft gleicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einem Hindernislauf. Kommt es zu weniger Familiengründungen, fördert dies ein demografisches Ungleichgewicht, und dies wiederum destabilisiert die Sozialversicherungen. Und werden der Wirtschaft berufliche Kompetenzen der Eltern vorenthalten, schadet dies dem Wirtschaftswachstum.

Wenn wir in der Familienpolitik erfolgreich sein wollen, müssen wir Prioritäten setzen und in kleinen Schritten vorwärts gehen. In den vergangenen zehn Jahren haben wir viel Erfreuliches erreicht: die Harmonisierung der Entschädigung beim Mutterurlaub und bei den Familienzulagen, Steuererleichterungen und den Abzug der Kinderbetreuungskosten, Ermässigungen für die Krankenkassenprämien, Förderprogramme für ausserschulische und Krippen-Betreuungsplätze und die Vereinheitlichung der Stundenpläne. Diese Errungenschaften waren nicht leicht zu

erreichen und wohlgemerkt, es gibt nach wie vor Lücken. Alle politischen Lager erklären die Unterstützung von Familien denn auch als unerlässlich. Wenn aber ein Entscheid für die Umsetzung einer Verbesserung ansteht, heisst es schnell, der Zeitpunkt sei ungünstig oder die Methode ungeeignet. Auch deshalb müssen wir unermüdlich weiterarbeiten, wenn unsere Anliegen vor dem Souverän bestehen sollen.

Die bessere Vereinbarung von Familie und Berufstätigkeit bleibt also ein prioritäres Ziel. Es müssen bessere Rahmenbedin-

gungen für die Einrichtung von zusätzlichen Betreuungsplätzen geschaffen werden, und die Unternehmen müssen motiviert werden, flexiblere Arbeitszeiten für Eltern einzurichten. Eine weitere Priorität in der Familienpolitik kommt dem Kampf gegen die Armut zu: Stossrichtungen hier sind beispielsweise die Steuerbefreiung des Existenzminimums und die Einführung eines Systems von Ergänzungsleistungen für Familien.

**Thérèse Meyer-Kaelin**

Präsidentin Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF)

